

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum berechnet

### Steuerungszulagen vom Arbeitgeberbunde abgelehnt!

Zu Nr. 29 des „Grundstein“ teilten wir mit, daß unser Verbandsvorstand gemeinsam mit den Vorständen des Zimmerer- und des christlichen Bauarbeiterverbandes eine Aussprache mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe beantragt hätte, um darüber zu beraten, wie die durch die Teuerung hervorgerufene Notlage der Bauarbeiter gemildert werden könne. Die Anregung der drei Verbandsvorstände hatte folgenden Wortlaut:

Hamburg-Berlin, den 7. Juni 1915, an den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Berlin.

Als im April 1913 auf Grund von Vorschlägen der Herren Inparteilichen die Löhne für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter vereinbart wurden, konnten die Vertragsparteien sowohl als auch die Inparteilichen nur die derzeitige Lage berücksichtigen. Den damaligen Verhältnissen entsprechend wurde eine mäßige Lohnerhöhung durchgeführt. Von seiner Seite konnte damit gerechnet und beabsichtigt werden, daß wir kaum ein Jahr später in einen so schweren Weltkrieg verwickelt sein würden. Dieser Krieg, der nunmehr so ziemlich ein volles Jahr dauert, und dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist, hat die wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig auf den Kopf gestellt. Eine ganz gewaltige Teuerung, ganz besonders soweit alle Lebensmittel in Frage kommen, ist eingetreten. Daß unter dieser Teuerung in erster Linie die Arbeiter und besonders auch die Maurer, Zimmerer, Bauhilfs- und Betonarbeiter Deutschlands in schwerer Weise zu leiden haben, liegt ohne weiteres klar auf der Hand. Es ist deshalb auch erklärlich, daß das Versehen der genannten Bauarbeitergattung zu erfüllen. Dieses Versehen zeigt immer größerer Anteil, so daß die Unterzeichneten es für notwendig halten, mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine gegenseitige Aussprache darüber zu halten, wie die Notlage der deutschen Bauarbeiter, hervorgerufen durch die gewaltige Teuerung, behoben oder mindertens gemildert werden kann.

Wir erlauben dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, unsern Wünsche Ausdruck zu geben und die baldige Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung zu veranlassen.

Hochachtungsvoll (folgen die Unterschriften).

Taraxig ging den drei Verbandsvorständen zunächst folgende Antwort zu: Berlin, den 12. Juli 1915.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg, Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Hamburg, Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin.

Wir bestätigen Ihre gemeinsame Zuschrift vom 7. d. M. Antwort werden wir Ihnen erst im letzten Drittel dieses Monats geben können, da für die Zustimmung oder Ablehnung Ihres Vorschlages unser Gesamtvorstand zuständig ist.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: E. Petersen.

Zwischen uns und dem Gesamtvorstand des Arbeitgeberbundes über seine Stellungnahme zu der angeregten Aussprache und über seine Stellungnahme zu der Bewährung von Steuerungszulagen befragt worden. Das Ergebnis ist die nachfolgende Antwort an die Arbeiterverbände: Berlin, den 24. Juli 1915.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg, Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Hamburg, Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin. Auf Ihre gemeinsame Zuschrift vom 7. Juli d. J. antwortet Ihnen der Vorstand des Deutschen Arbeiter-

bundes für das Baugewerbe nach erfolgter Umfrage bei den Vorstandsmitgliedern folgendes:

Der Bundesvorstand ist mit Ihnen der Ansicht, daß die große Steigerung der Lebensmittelpreise, die im Baugewerbe des Baugewerbes lastet, ist recht schwer auf den Arbeiter im allgemeinen nicht in der glücklichen Lage, wie so viele andere Industrien, durch den Krieg eine Steigerung der Tätigkeit und damit der Verdienstmöglichkeit zu erfahren, so daß die eingetretene Teuerung kein Gegengewicht in einer demerzten Produktion findet. In erhöhtem Maße werden aber die Arbeitgeber des Baugewerbes durch diese, den wenigen Vorkriegslöhnen abgesehen, selbstverständlich genau so wie alle Volksgenossen zu leiden. Daneben aber entlasten ihnen ganz ungeheure Betriebslasten; denn nicht nur ihren Verdienst, sondern verursachte ihnen durch die Verzinsung ihrer Anlagen u. dgl. ständig wachsende Preise, ganz besonders auch die aller Transportkosten, so daß selbst bei den Bauten, die fortgeführt werden konnten, fast jeglicher Nutzen fortfiel, so oft sogar mit Verlust gearbeitet wurde.

Der Verlauf des Krieges verlor dieses Bild noch mehr zugunsten der einen Seite. Denn während infolge der wachsenden Einziehungen zum Heeresdienste sowie anderer Maßnahmen die Beschäftigungslage der Arbeiter immer mehr abnahm, so daß nach den Veröffentlichungen Ihrer Verbandszeitungen heute von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, besteht die Einschränkung der Bauaktivität, unter der am Anfang des Krieges beide Teile litten, nun für den Arbeitgeber allein ihre volle Wirkung.

Die an verschiedenen Orten in Angriff genommenen staatlichen und kommunalen Bauten konnten allein nicht eine Abmilderung für die Notlage der Arbeitgeber hervorrufen, da sie weder an Umfang, noch — infolge der Unterstellungen und der Sparmaßnahmen der Behörden — an Gewinnmöglichkeit die fehlende Privatbautätigkeit aus nur annähernd ersetzen.

Es war unter diesen Umständen für die Arbeitgeber sehr schwierig, überhaupt noch die in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne nach Ausbruch des Krieges weiter zu bezahlen. Dennoch blieben die Arbeitgeber bei den Tariflöhnen. Möglich wäre es, solange die Arbeitslosigkeit groß war, gewesen, diese Löhne zu kürzen. Die Arbeitgeber taten es nicht. Sie waren der Überzeugung, daß die getroffenen Abmachungen über die Tariflöhne während der Tarifperiode richtig gehalten werden müssen.

In dieser Überzeugung wurden nicht nur die Tariflöhne für 1914 durchweg von den Arbeitgebern eingehalten, sondern diese ließen sogar, trotz der geschätzten für sie so mitleidigen Lage, die im Vertrage vorgesehenen Lohnerhöhungen für 1915 am 1. April ohne alles Stauden in Kraft treten, obwohl die sich steigenden Einziehungen zum Heeresdienste durchweg die jüngeren und kräftigen, also tüchtigsten Arbeiter betrafen, so daß die Arbeit, die von schwächeren und älteren noch zurückbleibenden Arbeitern geleistet werden konnte, von Monat zu Monat weniger den Ansprüchen genügte, die bei der Festsetzung der Tariflöhne als normal zugrunde gelegt worden waren.

Die Arbeitgeber haben damit gezeigt, daß der Gedanke der dauernden Nonstopfertigung des Arbeitsverhältnisses durch den Tarifvertrag bei ihnen so stark geworden ist, daß dieser Tarifgedanke über das persönliche und wirtschaftliche Interesse ohne weiteres den Sieg davonträgt.

Voraussetzung aber für das Weiterbestehen eines solchen Vertragsverhältnisses sind und damit für die gedeihliche Entwicklung des Baugewerbes überhaupt ist das beiderseitige gewissenhafte Festhalten am Vertrage.

Daß wir in der Gewährung von Zulagen, die in den Tarifverträgen nicht vorgesehen sind, eine tatsächliche Aus-

wird auch die Verträge Ihrer Presse, einen Unterschied zu machen zwischen einer „Erhöhung der Tariflöhne“ und einer „Gewährung von Steuerungszulagen“ und damit letztere als eine außerhalb des Tarifvertrages stehende Angelegenheit hinzustellen, nicht beabsichtigen. Den unter dem Reichstarifvertrag und die Vorschläge der Inparteilichen vom 1./7. Mai 1913 fallenden Bauarbeitern stehen für die Tarifdauer ganz bestimmte Löhne zu; die Lohnfrage ist für sie endgültig geregelt. Sie geben ja auch in Ihrer Presse selbst zu, daß Ihre Mitglieder Steuerungszulagen nicht fordern dürfen, etwa unter Androhung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand ist also schon aus formellen Gründen nicht in der Lage, den Mitgliedern des Bundes eine vom Tarifvertrag abweichende Entlohnung der Bauarbeiter zu empfehlen oder zu gestatten.

Es sprechen aber außer der bereits hervorgehobenen gegenwärtigen Notlage der meisten Arbeitgeber auch noch weitere wichtige sachliche Gründe dagegen, Steuerungszulagen zu gewähren. Es würde der Versuch, diese Zulagen auf die Bauherren abzuwälzen, sicher zur Zurückziehung oder Hinausschiebung zahlreicher neuer Aufträge führen und damit den Bestrebungen der Kriegsarbeitsgemeinschaft, durch Weisung der Bauaktivität die bestehende und kommende Arbeitslosigkeit einzuschränken, entgegenzuwirken. Sie werden zugeben müssen, daß es für die Allgemeinheit besser ist, wenn eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu einem unter den augenblicklichen Teuerungsverhältnissen mäßigen Lohn noch weiterhin dauernde Beschäftigung findet, als wenn eine infolge der Zurückhaltung neuer Bauaufträge immer kleiner werdende Zahl mit besseren Löhnen arbeiten kann, die Zahl der Arbeitslosen aber steigt.

Die Behörden verhalten sich, wie unsere Mitglieder wiederholt erfahren haben, fast überall grundsätzlich ablehnend gegen die nachträgliche Veränderung von Bauverträgen. Ist ausnahmsweise eine Preisänderung bewilligt worden, so war sie zur Deckung der Kaufkraft meist unzureichend. Das preussische Kriegsministerium hat uns kürzlich auf die Bitte um Erhöhung von Vertragspreisen für Heeresbauten, die noch während des Friedens übernommen sind und unter normalen Verhältnissen im Jahre 1914 beendet worden wären, nunmehr aber erst nach der Tariflöhnerhöhung am 1. April 1915 fertiggestellt sind, geantwortet: „Im allgemeinen kann in den durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen ein Grund zur Änderung von den noch vor dem Kriege abgeschlossenen Verträgen zugunsten des Reiches nicht erachtet werden. . . . Eine Abänderung von Verträgen kann deshalb nur in ganz besonderen Ausnahmefällen im Gnadenwege erfolgen. Andernfalls kommt nur in Frage, dem Unternehmer nach Erfüllung des Vertragsverhältnisses den nachweislich entstandenen Schäden unter Umständen aus Billigkeitsrücksichten zu ersetzen.“

Da also eine Möglichkeit kaum besteht, etwaige Steuerungszulagen auf die Auftraggeber abzuwälzen, die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrzahl aber nicht in der Lage sind, aus ihrem durch den Krieg geschmälereten Einkommen noch Lohnaufbesserungen zu gewähren, müssen wir Ihnen mit Ihnen über Bewilligung von Steuerungszulagen zu verhandeln, zu unserm Bedauern ablehnen. Denn lediglich zur Erreichung solcher Zulagen haben Sie wohl die Verhandlungen angeregt. Wir erlauben Sie aber erneut, Ihren Mitgliedern nahezu legen, eine Bitte um Gewährung von Steuerungszulagen bei Ihren Arbeitgebern nicht zu stellen, da sie bei den obwaltenden Umständen nur zu einer Enttäuschung führen muß.

Daß sich — abgesehen von der Erhöhung der Löhne — die Notlage der einzelnen Volksgenossen, seien es Geistes- oder Handarbeiter, etwas mildern läßt durch Leistung von Mehrarbeit über das sonst übliche Maß hinaus, für Bauarbeiter insbesondere durch Übernahme von Akkordarbeit in den Tarifgebieten, wo sie zulässig ist, oder durch Leistung von Nebenarbeiten, wo sich Gelegenheit zu solchen bietet, ist Ihnen ebenso bekannt wie uns. Was weiterhin zur Vermeidung der Risiken der Lebenshaltung geschehen kann,



muss getan werden. Die Gewerkschaften haben sich mit Recht öffentlich gegen den Lebensmittelwucher gewendet. Auch wir haben die Vereinigung der Deutschen Arbeitervereine, der wir angehören, beauftragt, kein Bundesrat vorstellig zu werden, daß durch eine bessere Organisation des Lebensmittelmarktes und durch ein energisches Vorgehen gegen den Lebensmittelwucher die Lebensmittelpreise auf eine angemessene Höhe zurückgeführt, jedenfalls weitere Steigerungen unter allen Umständen verhindert werden.

Die jetzige schwere Zeit fordert große Opfer, wie von allen Deutschen, so auch von den baugewerblichen Arbeitgebern und Arbeitern. Wir erwarten, daß die Arbeiter wie wir Arbeitgeber diese Opfer auf sich nehmen, in dem festen Willen, mit uns durchzuhalten in der Hoffnung, daß nach dem Kriege dem deutschen Baugewerbe ein neuer Aufschwung beschieden sein wird.

**Schlußwort**  
Der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe.  
Der Vorsitzende: G. Wehren.

Der Vorstand des Arbeiterbundes gibt also zu, daß die große Steigerung der Lebensmittelpreise recht schwer auf den Arbeitern des Baugewerbes lastet. Trotzdem lehnt er nicht nur die Gewährung einer Teuerungszulage ab, sondern selbst eine Ausprägung darüber, wie die Notlage der Arbeiter zu mildern wäre. Ja, er wünscht sogar, die Arbeiterverbände möchten ihren Mitgliedern nahelegen, ihre Arbeitgeber fernerhin nicht um die Gewährung von Teuerungszulagen zu bitten, da solche Bitten unter den obwaltenden Umständen nur zu Enttäuschungen führen könnten.

Wir gehen ohne weiteres zu, daß zurzeit auch ein Teil der deutschen Bauunternehmer nicht auf Rosen gebettet ist; aber das gilt doch nicht für alle. Wer keine Arbeit hat und keine Leute beschäftigt, der braucht selbstverständlich auch keinen Lohn und infolgedessen auch keine Teuerungszulage zu zahlen; aber anders sieht es doch mit den übrigen Unternehmern, besonders mit denen, die reichlich und gut bezahlte Arbeit haben. Wir können mit dem besten Willen nicht einsehen, warum auch diese keine Teuerungszulagen bezahlen sollen. Selbst wenn die Gewährung einer Teuerungszulage auf der ganzen Linie nicht möglich sein sollte, so läßt es sich doch unter keinen Umständen rechtfertigen, daß der Arbeiterbund auch jene seiner Mitglieder von der Gewährung solcher Zulagen abhält, die sie bewilligen könnten und sie ohne sein Eingreifen auch bewilligen würden. Es ist gar keine Frage, daß die Zahl dieser Arbeitgeber sehr groß ist.

Der Arbeiterbund hält in seiner Antwort grundsätzlich daran fest, daß die Gewährung von Teuerungszulagen „eine tatsächliche Ausschüttung des wichtigsten Teils der Verträge“ sei. Er meint, den Bauarbeitern stünden „für die Tarifdauer ganz bestimmte Löhne zu“; die Lohnfrage sei für sie endgültig geregelt. Diesen Grundgedanken gegenüber halten wir nach wie vor daran fest, daß durch die Tarifverträge lediglich Mindestlöhne festgesetzt sind. Die in den Verträgen vorgesehenen Löhne sind das, was man beim Abschluß der Verträge unter den damaligen Verhältnissen für die Vertragszeit als das mindeste dessen angesehen hat, was die Bauarbeiter für ihre Arbeit zu ihrem und ihrer Familien Lebensunterhalt brauchten. Keinem Arbeitgeber war es verboten, besonders tüchtigen Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Und tatsächlich sind auch vor dem Kriege schon in zahlreichen Fällen höhere als die tariflichen Löhne bezahlt worden, ohne daß es jemand einfiel, dies als Verstoß gegen die Verträge zu betrachten. Teilweise war den Arbeiterorganisationen sogar die Bezahlung höherer Löhne sehr unlieb, so zum Beispiel, wenn Bauwerk Firmen als Aufschlag zum tariflichen Stundenlohn Prämien gewährten, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiter aufs äußerste auszunutzen. Wenn aber vor dem Kriege die Bezahlung höherer als der tariflichen Löhne keine Ausschüttung des wichtigsten Teils der Verträge war, warum soll es heute eine solche Ausschüttung sein? Heute, wo fast alle Voraussetzungen gewandelt haben, unter denen die Arbeiter beim Abschluß der Verträge ihre Arbeitskraft für die in den Verträgen festgesetzten Mindestlöhne verkaufen wollten! Und warum sollen Teuerungszulagen gerade im Baugewerbe eine Ausschüttung des wichtigsten Teils der Tarifverträge sein, während doch die Arbeitgeber in einer ganzen Reihe anderer Berufe ohne das geringste Bedenken solche Zulagen trotz der Tarifverträge gewährt haben. Auch die Zimmermeister in Wien haben ihren Kollegen wesentlich 5 Kronen und den Gesellen wesentlich 3 Kronen als Teuerungszulage gewährt. Sicher ist keiner darauf gekommen, daß das eine Ausschüttung ihres Tarifvertrages sei.

Was also der Arbeiterbund über die Ausschüttung des wichtigsten Teils der Tarifverträge durch Teuerungszulagen sagt, ist nichts als eine schlechte Ausrede, durch

die sich sein mangelndes soziales Pflichtbewußtsein nicht verdecken läßt. Wir bleiben dabei, daß es durchaus zulässig und daß es keine Ausschüttung des wichtigsten Teils der Verträge ist, wenn Arbeitgeber auf Wunsch der Arbeiter Teuerungszulagen gewähren.

Dies für heute. Sollten sich, wie anzunehmen ist, die Vorstände der Arbeiterorganisationen gemeinsam mit der Antwort des Arbeitgeberbundes beschäftigen, so werden wir unsere Kollegen von dem Ergebnis ihrer Aussprache unterrichten.

### Ein umstrittenes Buch.

1.  
Vor einigen Wochen erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin ein Buch von Dr. Eduard David, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“ (Preis broschiert 1,20), das von einem Teil der sozialdemokratischen Presse ebenso gelobt wie von einem andern, kleineren Teil verdammt worden ist. Die meisten der Zeitungen, die das Buch verdammt haben, machten sich allerdings ihre Arbeit sehr leicht. Sie beruhten einfach aus einer von Dr. Rudolf Breitscheid herausgegebenen Korrespondenz einen Artikel von Karl Kautsky ab, in dem dem Verfasser des Buches unter anderem der schwere Vorwurf gemacht wurde, daß er mit seiner Schrift die internationale Verständigung der Arbeitererschaft erschwere, während David, wie er in der „Neuen Zeit“ überzeugend dargelegt hat und wie sich unseres Erachtens auch aus seinem Buche mit aller Klarheit ergibt, gerade die internationale Verständigung fördern wollte. Indem David den Krieg und alles was mit ihm zusammenhängt, vom Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie aus betrachtet, sucht er das Verständnis der ausländischen Sozialisten für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu weiden.

Jedoch nicht von dem Streit wollen wir hier reden, der durch das Davidische Buch hervorgerufen worden ist, sondern wir wollen unseren Kollegen von dem wesentlichen Inhalt des Buches selber Kenntnis geben, damit sie, soweit sie das sehr lehrreiche Buch nicht kaufen, wenigstens einschermagen über seinen Inhalt informiert werden und sich darüber ein eigenes Urteil bilden können.

Das Davidische Buch besteht aus einem Vorwort und neun Kapiteln; es ist 192 Seiten stark. Im Vorwort wird von dem Konflikt gesprochen, in den die deutsche Sozialdemokratie durch den Krieg gekommen ist. Durch die ausnahmsrechtliche Verwallungspraxis gegen Partei- und Gewerkschaften und die Bestimmungen zur Einschränkung des Koalitionsrechtes, so sagt David, war die Nichtnennung der sozialdemokratischen Arbeiterkraft gegen die Herrschenden im eigenen Lande in letzter Zeit vor dem Kriege noch verschärft worden, während das Band der Solidarität zu den Arbeiterkassen der andern Länder breiter und fester geworden war. Wir wissen schlechte Deutsche gewesen, wenn wir leicht darüber hinwegkommen wären, daß wir nun, um unser Land zu verteidigen, gemeinsame Sache mit denen machen mußten, die wir noch gestern so heftig bekämpft und daß wir Tod und Verderben denen bereiten mußten, die noch gestern an unserer Seite für den Frieden gestritten hatten. Aber schlechte Deutsche waren wir auch gewesen, hätten wir nicht trotzdem für die Sache unserer schwer bedrängten Vaterländischen Partei ergriffen. Jedoch, ein Bruch mit sozialdemokratischen Grundgedanken war unser Einreden: Wehrmachen dessen, was die Kaisertruppe und berufenen Führer unserer Bewegung von jeher betont hatten. Wir haben damit auch keinen Verrat an der Internationale begangen; denn die Internationale hat ihren Gliedern niemals verboten, im Konfliktfalle mit andern Völkern für das eigene Land einzustehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat auch während des Krieges im Sinne der Internationale gewirkt, indem sie die Bristhaat des Hasses zwischen den Völkern bekämpft, sich von Rache- und Rerächmettelungsdrohungen freigehalten und fortgesetzt ihre grundsätzliche Friedensbereitschaft nach erreichter Sicherung bekundet hat. Die Reichsregierung, die Gegner Deutschlands das Deutsche erzwängen wollen, solange gebietet uns die Pflicht der nationalen Selbsterhaltung, auszugarren in dem blutigen Ringen mit Einschluß unserer ganzen Kraft. Aber inmitten dieser rasenden Kriegstürme erstreben wir den dauernd gesicherten Weltfrieden. Dem Frieden auf Erden zu dienen, so schreibt David sein Vorwort, der letzte Zweck seines Buches.

Im ersten Kapitel des Buches werden die sozialdemokratischen Erklärungen im Reichstagsdemokratischen Volkswahlgesetz besprochen. Die Erklärung vom 4. August, so sagt David, haben wir den Millionen unserer Anhänger das Signal, zusammenzutreten mit der Gesamtheit der Nation zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr. Die Reichstagsabstimmung vom 4. August war die erste gewonnene Schlacht. Die Einheit des Volkes war dringend notwendig, wenn Deutschland und Öster-

reich-Langen nicht durch die zahlenmäßige Ueberlegenheit ihrer Gegner edrückt werden sollten, die allein in Europa mehr als doppelt soviele Menschen haben als wir, dazu zu weichen und farbigen Hiltstruppen aus ihren aufgeräumten pädagogischen Herrschaftsgebieten. Die Haltung der Nation ist nicht nur von der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse gebilligt worden, sondern auch die Millionen sozialdemokratischer Anhänger haben durch die Zeit gezeigt, daß sie mit der Nation eines Sinnes waren, indem sie im Feld und in der Heimat ihre vaterländische Pflicht erfüllten. Damit haben die sozialdemokratischen Massen glühende Kassen auf das Haupt bereit gesammelt, die einstmal von vaterlandstößen Gesellen sprachen und durch ausnahmsrechtliche Behandlung den politischen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu hindern suchten. David wirft die Frage auf, ob die Einigkeit des deutschen Volkes in Not und Gefahr nach dem Kriege reale Früchte bringen werde. Er erinnert an das Wort des Reichskanzlers, der am 2. Dezember verkündete, daß es nach dem Kriege in den politischen Kämpfen unseres Landes nur noch Deutsch e geben dürfe. Die Konsequenz dieser Worte sei die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die gleiche Bewegungsfreiheit und gleiche Entwicklungsmöglichkeit für alle. Im Kampfe um diese Dinge werde die deutsche Sozialdemokratie jederzeit ihren Mann stehen. Es hänge von der Einsicht und Energie unserer Staatsmänner ab, ob sich die Nation nach dem Kriege in fruchtbarer Arbeit konzentrieren könne, oder ob sich die Gegensätze von neuem verschärfen und bis ins Unrechtliche tiefer werden.

Das zweite Kapitel des Buches trägt die Ueberschrift: Was wir immer betont haben. In diesem Kapitel bringt David ausgedehnte, zum Teil ganz neues Material dafür bei, daß die Worte: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich“, nur die Bekräftigung dessen sind, was von den berufenen Führern und Abgeordneten der Sozialdemokratie vorher so oft erklärt worden ist. Er erinnert auch daran, daß sich zwar Behauptung der Kriegsrechte der Stimme einhalten — die Ablehnung der Kredite hielten beide für durchaus unzulässig —, daß aber auch damals drei andere Sozialdemokraten, nämlich Frische, Hajenfelder und v. Schweiber, die Kriegsrechte bewilligt haben. Und gegen die Haltung Behauptung und Behnchsch nahm obendrein der Braunschweiger Ausschuß, also der offizielle Vorstand der damaligen Parteiorganisation Eisenacher Richtung, in einer Erklärung Stellung. Der „Sozialdemokrat“, der „Vorboten“, „Marr, Engels standen damals durchaus auf deutscher Seite, und selbst im „Volkstaat“, dem Blatt der Eisenacher Richtung, besapmten sich zwei scharf entgegengesetzte Meinungen. Erst nach dem 1870 das Ziel der nationalen Verteidigung erreicht und das napoleonische Imperium durch die französische Republik ersetzt war, lehnten die Sozialdemokraten weitere Kredite ab, womit sie zugleich gegen die geplante Anexion von Elsaß-Lothringen protestierten.

Im dritten Kapitel wirft David die Frage auf: Könnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Er wendet sich in diesem Kapitel gegen die Verweigerung der Militärpflicht, gegen jene seltsamen Fänge, die da glauben, die organisierte Arbeiterkraft könnte durch Nichtbeachtung der Wehrdienstpflicht, durch Verweigerung wichtiger, für die Durchföhrung der Mobilisierung notwendiger Arbeiten oder gar durch aktives, zersplittertes Eingreifen in den technischen Apparat der Wehrmacht und Transporteinrichtungen den Krieg unmöglich machen. Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines solchen Vorgehens sei früher hauptsächlich von Russen, Franzosen und Engländern gepredigt worden. Warum haben nicht beim Ausbruch des Krieges nichts von dem getan, was sie gepredigt haben? Warum haben sie keinen Generalstreik zur Verhinderung des Krieges gemacht? Nun, weil sie im Augenblick der Gefahr plötzlich einsahen, daß es einer Widertheit unmöglich sei, sich der von nationaler Leidenschaft erfaßten groben Mehrheit des eigenen Volkes in den Weg zu werfen, wenn diese Mehrheit glaubt, daß die nationale Erziehung durch den Angriff eines äußeren Feindes bedroht sei. Ein Volk, das diese Ueberzeugung habe, werde auf den drohenden Gefahr durch innere Schwierigkeiten zu erbeugen, während getreten. Auch internationale Vereinbarungen, wonach der Militärstreik in allen belästigten Ländern gleichzeitig durchgeführt werden sollte, böten keine Garantie für die Möglichkeit eines solchen Unternehmens. „Wenn der Feuerbrand das eigene Haus bedroht, vertraut niemand darauf, daß die Rettung eines daßer kommen werde, wo es die Brandfackel geistlicher sieht.“

Einem Mann zum Generalstreik zu Beginn des Krieges, so sieht David weiter aus, wären die Arbeiter nicht zu Millionen, wohl kaum zu Zehntausenden gefolgt, und die wären von der militärischen Gewalt erbarungslos niedergedrückt worden unter wilder Zustimmung der groben Mehrheit der Nation. „Mit dem Votopfer, das die Wehrbereitschaft gebracht hätte, wäre der Friede nicht erkauft worden. O nein! In diesem Opfer von Tausenden von Arbeiterleben wären dann die Hunderttausende der Kriegsoffer doch noch gekommen. Ja, ihre Zahl wäre unersch-

lich noch viel größer geworden. Denn solche inneren Gemütsregungen hätten die Schlagkraft und den Geist der deutschen Wehrmacht natürlich geschwächt. Nicht den Krieg hätten wir durch einen Militärstreik ver- hindert; die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage hätten wir bewirkt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat zur Verhinderung des Krieges getan, was sie konnte. Als sich die internationalen, zum Kriege treibenden Kräfte stärker erwieben als die für den Frieden wirkenden, als der Krieg da war, hatte sie die Aktion nur noch darüber schlüssig zu werden, ob sie die zur Durchführung des bereits zur Tatfache gewordenen Krieges erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern sollte, das heißt, nicht nur die Mittel zur Beschaffung des Kampfmateriales, sondern auch die ungeheuren Summen für die Verpflegung, Bewaffnung und Löhnung der Truppen, für die Verwundeten- und Krankenfürsorge, für die Unterstützung der zurückbleibenden Hinterbliebenen und für sonstige Not- und Linderungsmaßnahmen. Mit der Ablehnung der Kreditfaktie hätte die Reaktion den bereits ausgebrochenen Krieg nicht verhindert, auch die Kriegserklärung nicht rückgängig machen können; denn das Recht der Kriegserklärung steht nach der Zustimmung des Bundesrats (gesetzmäßig durch den Reichstag oder auf aller Reichstagspartien) gebunden ist.

Ein Jahr Weltkrieg.

Mit dem 1. August sind zwölf Monate seit dem Beginn des Weltkrieges verfloßen. Am 31. Juli erklärte der Kaiser das Reich in Kriegszustand und richtete gleichzeitig an Ausland ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum. Am 1. August erging die Anfrage, wie es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges verhalten würde. Am 1. August erfolgte jedoch die deutsche und die französische Mobilisierung. Am 2. und 3. August wurde amtlich erklärt, daß Ausland und Frankreich durch Uebertretung der Grenze den Kriegszustand herbeigeführt hätten. Am 4. August trat der Reichstag zusammen, ebenfalls erklärte England dem Deutschen Reich unter dem Vorwand der belgischen Neutralitätsverletzung den Krieg. Am 5. August erklärte Österreich-Ungarn an Ausland den Krieg. Am 7. August fiel die Festung Lüttich in deutsche Hände: der Krieg hatte begonnen.

Was wir seitdem erlebt haben, überfließt alles, was die ängstlichste Phantasie, die vor dem Kriege so gern gerade den kommenden Weltkrieg als Objekt ihrer lustigen Zügelung ausgemalt hatte. Am meisten entsprach ihr noch der Beginn des Krieges, der ein überaus schlafter Bewegungskrieg war und die deutschen Armeen binnen Monatsfrist von Lüttich bis dicht vor Paris führte. Daneben kamen die Meldungen über die Leistungen der beiden Mächte, die im letzten deutschen Kriege noch nicht in Frage gekommen waren: der Kriegsschiffe und der Luftschiffe. Bald aber nahm der Krieg ein völlig anderes Gesicht an. Aus dem heijß- ständigen Bewegungskriege mit seinen ungeheuren Marschleistungen und zahllosen Schlachten wurde der Schlingenkrieg, der monatelang nicht von der Stelle wich, und der an der Westfront bis auf den heutigen Tag seinen Charakter behält. Eine Befestigungslinie von der Nordsee bis zur Schweizergrenze wurde gezogen; Graben an Graben, Bataillon an Bataillon, vom Fels zum Meer ein Stacheldraht! Und im Osten setzte sich die russische Kampfweise in Bewegung. Dispersen wurde zum Ziel besetzt und schließlich ausgerichtet. Der größte Teil Ostpreußens fiel den Russen in die Hände, die es zehn Monate bestehn hielten, und auch heute noch den östlichen Zipfel festhalten. Heute stehen die Tringe so, daß Ausland eine ernsthafte Bedrohung der zentral-europäischen Weltlage nicht mehr bildet. Die verbündeten deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen stehen vor Nis, Warschau und Lublin; anderwärts Millionen Russen sind gefangen, die russische Armee selber ist aufs schwerste erschüttert. Kasch hat sich Italien den Dreierbündnisländern angeschlossen und ist jetzt in dem Augenblick, als es die Sache der Zentralmächte für hoffnungslos ansah, seinen früheren Verbündeten in den Rücken gefallen. In richtiger Beurteilung ihrer politischen Existenzbedingungen hatte dagegen im Oktober die Türkei ihr Schicksal mit dem der Zentralmächte verbunden.

Noch ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Noch kämpft man erbittert um die Seelen der Neutralen. Besonders man noch in den Krieg reisen, aber auch in Holland und Dänemark ist englischer Einfluß bauernd am Werke, und wie ernst sich die Verhältnisse mit Mexica zugespielt haben, davon liege der unfremdliche Ton der letzten amerikanischen Note die englische Bourgeoisie durch ihren Ausbürgerungsplan dem deutschen Volke daselbe Schicksal zu bereiten, daß es des Burenvolkes bereitet hat, nicht gelungen ist, so wäre es doch töricht, die ersten Schwierigkeiten zu leugnen, die die englische Seesherrschaft und der Ausbürgerungsplan den Welt um seine nackte Existenz, und alles andere könnte jetzt eher Unlach zu politischen Debatten geben als die Frage, mit der sich einzelne Kreise beschäftigen: welche feindlichen Gebiets- teile wollen wir annehmen?

In der Tat: an Stoff zu erstlater politischer Belehrung fehlt es nicht. Dieser ungeheure Krieg hat alles, was bisher seinen Menschen es gibt keine Partei, der nicht dieses Krieges Anlaß zu tiefer Selbstprüfung gäbe. Ganz besonders gilt besonders, die für ihre Stellung vor dem Weltkriege kenn- zeichnen waren. Allgemein war die Auffassung herrschend, daß die kapitalistische Gesellschaft einen Weltkrieg unmöglich lange aushalten könne. Die Ernährungsschwierigkeiten der Millionenheere draußen vor dem Feinde würden unüber- windlich sein, die Opfer der raffinierten Kriegsinstrumente unübersehbar. Daneben aber würde das zu Hause geliebte Volk von Arbeitslosigkeit und Verweigerung gepakt werden. Bankrotte würden sich an Bankrotte schließen, die Fabriken hinter ihre Pforten zumachen, die ganze auf Kredit begründete Volkswirtschaft würde zusammenbrechen. Das Ende wäre das Chaos, aus dem nur der Sozialismus die Rettung bringen könne. Noch in seiner Vorhure: „Der Weg zur Macht“ sagte Karl Kautsky 1907: „Der Weltkrieg wird nun in bedrohlichster Nähe geriekt. Der Krieg bedeutet aber auch die Revolution... Das Proletariat ist heute so erstarbt, daß es einem Kriege mit mehr Mühe entgegensehen darf... Das Proletariat hat den Krieg mit aller Macht; es wird alles aufbieten, seine Kriegsbereitschaft aufkommen zu lassen. Sollte es trotzdem zum Ausbruch eines Krieges kommen, so ist das Proletariat heute diejenige Klasse, die seinem Ausgang am zuverlässigsten entgegensehen darf.“

Am 7. August ist der 31. Beitrag in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Beitrage befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden.

Die Sozialdemokratie braucht sich dessen nicht zu schämen. Nicht sie allein hat aus dem Kriege zu lernen, nicht sie allein muss erleben, daß viele ihrer Anschauungen, die übrigens den Kern ihrer Weltanschauung nicht berühren, durch die Wirklichkeit herabgeworfen werden. Schlimm wäre es nur, wenn sie alle diese ungeheuren Umwälzungen in normativer Verbindung zu bewerten wolle mit der sicherlichen Behauptung: es ist alles genau so gekommen, wie wir's vorausgesagt haben; wir haben nicht gehungelt! — Als nach dem Zusammenbruch der Revolution 1848/49 Marx und Engels, die diese Revolution mit glühender Seele erwarteten und sich an ihr kräftig beteilig- ten, die Erkenntnis aussprachen, daß an ein Wiederauflieben der Revolution vorerst nicht zu denken sei, wurden sie von den kurzzeitigen Revolutionären, deren Zielwort war: morgen geht's wieder los! als Verräter und Ueberläufer beschimpft. Was machte das? — Die Geschichte, die unerbittliche Richterin, hat nicht den „Unentwegten“ von damals Recht gegeben, sondern den Marx und Engels, die im rechten Augenblick „anzulernen“ verstanden, und die später offen von sich be- saamen: Die Geschichte hat uns damals alleamt Unrecht gegeben!

Don allem ein 1. das Gegenteil eingetreten. Obwohl der Weltkrieg schon ein Jahr dauert, denkt der Kapitalismus nicht an Zusammenbrechen und das Proletariat nicht an die Revolution. Denn auch die zweite sichere Erwartung, die die Sozialdemokratie vor dem Kriege hegte: daß siegreiche Er- starben der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Krieg, hat sich als Illusion herausgestellt. Nicht erstarbt ist die Internationale, sondern zusammengebrochen, und nicht zu- sammengebrochen ist der Kapitalismus, sondern erstarbt. Er hat, besonders in Deutschland, eine Anpassungsfähigkeit be- wiesen, die niemand vorher für möglich gehalten.

Die Sozialdemokratie braucht sich dessen nicht zu schämen. Nicht sie allein hat aus dem Kriege zu lernen, nicht sie allein muss erleben, daß viele ihrer Anschauungen, die übrigens den Kern ihrer Weltanschauung nicht berühren, durch die Wirklichkeit herabgeworfen werden. Schlimm wäre es nur, wenn sie alle diese ungeheuren Umwälzungen in normativer Verbindung zu bewerten wolle mit der sicherlichen Behauptung: es ist alles genau so gekommen, wie wir's vorausgesagt haben; wir haben nicht gehungelt! — Als nach dem Zusammenbruch der Revolution 1848/49 Marx und Engels, die diese Revolution mit glühender Seele erwarteten und sich an ihr kräftig beteilig- ten, die Erkenntnis aussprachen, daß an ein Wiederauflieben der Revolution vorerst nicht zu denken sei, wurden sie von den kurzzeitigen Revolutionären, deren Zielwort war: morgen geht's wieder los! als Verräter und Ueberläufer beschimpft. Was machte das? — Die Geschichte, die unerbittliche Richterin, hat nicht den „Unentwegten“ von damals Recht gegeben, sondern den Marx und Engels, die im rechten Augenblick „anzulernen“ verstanden, und die später offen von sich be- saamen: Die Geschichte hat uns damals alleamt Unrecht gegeben!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Zwölftägiges Ergebnis der 30. Woche (Montag, 26. Juli). Es haben nur 39 Bezirke berichtet, in denen 890 Zweitei- gereite bestanden. Von diesen haben 805 Zweitei gereite mit 100 357 Mitgliedern berichtet. Der Bezirk Hannover, der in der vorigen Berichtswache 47 Zweitei gereite und 4564 Mit- glieder hatte, fehlt mit seinem Bericht. Von den Mitgliedern waren arbeitslos 791 Maurer, 290 Hilfsarbeiter, 23 Betonarbeiter, 149 Stukaturer, 29 Pfostenleger, 4 Isolierer und 21 Erdbehalter, insgesamt 1237 Mitglieder 1,23 vgl. der Gesamtmitglieder.

Von den Bezirken haben Arbeitslose von weniger als 1 pSt. der Mitgliederzahl: die Bezirke Königsberg, Breslau, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Geln, Dortmund, Bremen und Karlsruhe. Von 1 bis zu 2 pSt. Arbeitslose haben die Bezirke Bromberg, Stettin, Berlin, Hamburg, Hildesf, Dresden und Leipzig. Stuttgart hat 2,4 (2,1)\*, München 2,8 (3,0), Nürnberg 3,5 (2,8) und Straßburg 10,4 (6,4) pSt. Arbeits- lose zu verzeichnen.

Die Notstandsunterstützung erhielten 685 Mitglieder = 0,68 pSt. der Gesamtmitgliederzahl. \* Die eingeklammerten Zahlen stellen die Prozentziffer aus der Vorwoche dar.

Table with 5 columns: Bezirk, Zahl der Zweitei gereite, Davon haben berichtigt, Betrag die Mitgliederzahl auf Schiffe bez abgeklärten Woche, Erfolgen in der abgeklärten Woche Notstands- unterstützung. Rows include 1. Königsberg, 2. Bromberg, 3. Stettin, 4. Breslau, 5. Berlin, 6. Magdeburg, 7. Erfurt, 8. Frankfurt, 9. Geln, 10. Dortmund, 11. Hannover, 12. Bremen, 13. Hamburg, 14. Hildesf, 15. Dresden, 16. Leipzig, 17. Nürnberg, 18. München, 19. Stuttgart, 20. Karlsruhe, 21. Straßburg, and a summary row.

In den berichtenden Zweitei gereiten waren am Fest- stellungsstage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Maurer, Hilfs- arbeiter, Wass- gruppe, Gieß- gruppe, Wägen- fehr, Ste- liter, Geb- arbeiter, Stb- gefährt. Rows include 1. Königsberg, 2. Bromberg, 3. Stettin, 4. Breslau, 5. Berlin, 6. Magdeburg, 7. Erfurt, 8. Frankfurt, 9. Geln, 10. Dortmund, 11. Hannover, 12. Bremen, 13. Hamburg, 14. Hildesf, 15. Dresden, 16. Leipzig, 17. Nürnberg, 18. München, 19. Stuttgart, 20. Karlsruhe, 21. Straßburg, and a summary row.

Soziales.

Die Wohnungsverhältnisse der Bauarbeiter in Neustettin. „Wir bauen Paläste und wohnen in Hütten!“ Dieser Ausspruch hat für den übergründigen Teil der inhaftig auf die Wohnungsverhältnisse unserer Kollegen in Neustettin zu. Eine Umfrage auf diesem Gebiet er- streckte sich auf 141 Familien der Mitglieder, die im Stadt- gebiet wohnen. Die gestellten Fragen umfassen: Anzahl der Wohnräume? Wieviel Personen — Erwachsene und Kinder — wohnen hier? Wie hoch ist die jährliche Wohnungs- miete? Das Ergebnis der Untersuchung veranschaulichen nachstehende Zahlen. Es bewohnen:

Table with 5 columns: Zahl der Räume, Familien, Erwachsene, Kinder, Personen in einer Wohnung. Rows include Eine Stube ohne Küche, Eine Stube mit Küche, Zwei Stuben ohne Küche, Zwei Stuben und Küche, and a summary row.

Von 141 Familien befinden sich nur 19 in der günstigsten Lage, eine einigermaßen annehmbare Wohnung zu haben; es sind dieses ausschließlich Eigentümer neuerer Häuser, wohnungen 123 Familien auf Grund ihres ge- ringen Einkommens in Räumen zusammengepfercht leben müssen, denen man nicht die Bezeichnung Wohnung bei- legen kann. Zum besseren Verständnis der Zahlen sei be- merkt, daß in den Stuben ohne Küche eine Wk. Stuch mit- geplatze in der Wand, gewöhnlich neben dem Ofen ein- gebaut ist und so die Wohnfläche vertritt. Die Deckung des Stamins ist in der Stube ungefähr 65 x 75 cm groß und wird meistens durch eine Holzlatte verdeckt. Einzelne Stuben, auch mit Küche, soweit sie sich zu ebener Erde be- finden, und das sind die meisten, haben keine besonders

